

# Demokratisches Wochenblatt.

Organ der deutschen Volkspartei.

No. 6.

Leipzig, den 8. Februar.

1868.

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend. Abonnementspreis vierteljährlich bei allen deutschen Postanstalten sowie hier am Plage einschließlich Bringerlohn 12 $\frac{1}{2}$  Ngr.; einzelne Nummern 1 Ngr. Abonnements für Leipzig nehmen entgegen die Herren M. Dolge am Markt, C. Reichert Hainstraße 27, G. Hofmann Brühl 40, C. Dehler Neumarkt 6, G. Richter Peterssteinweg 7, Leipziger Consumverein Universitätsstraße und die Expedition d. Blattes C. W. Volrath Windmühlenstr. 14. Für Dresden Filial-Expedition F. W. Grellmann Wallstraße 10.

Da die Nr. 2 des „demokratischen Wochenblattes“ ganz, und die Nr. 3 und 4 beinahe vergriffen sind, bitten wir diejenigen unsrer Freunde, die im Besitz mehrerer Exemplare dieser Nummern, namentlich der Nr. 2 sind, dieselben an die Expedition zu schicken, damit wir in Stand gesetzt werden, wenigstens die Nachbestellungen der Post vollständig auszuführen.

## Die Expedition d. dem. W.

Inhalt: Politische Uebersicht. — Eine Volksversammlung in Berlin. — Russische politische Flüchtlinge. — Die Wiederherstellung Polens. — Aus Amerika. — Prinz Carneval, Gedicht von Albert Traeger. — Vermischtes.

### Politische Uebersicht.

Für uns das bedeutendste Ereigniß der Woche ist die Wählerversammlung, welche am 30. Jan. im zweiten Berliner Wahlbezirk statt hatte. Wir bringen weiter unten einen ausführlichen Bericht über dieselbe. Die große Wichtigkeit der Kundgebung liegt darin, daß die politisch gebildetste und einflußreichste Wählerschaft Preußens den Bruch mit dem Scheinkonstitutionalismus vollzogen und dem Preussischen Abgeordnetenhaus aus Anlaß der Nothstandsfrage ein unwiderrufliches Mißtrauensvotum erteilt hat, das auch die Fortschrittspartei mit trifft! Denn auch die Fortschrittspartei hat nichts zu Gunsten der nothleidenden Ostpreußen gethan, und sogar auf den Versuch, etwas zu thun, verzichtet. Da hilft die Aukrede nichts, man wäre ja doch in der Minorität geblieben. Hier gilt das Sprichwort: Mitgegangen, mitgefangen. Minoritäten, die nicht den Muth selbstständigen Vorgehens haben, sprechen sich das Recht der Existenz ab. \*)

Mit Bezug auf die Rede Jacoby's haben wir vorläufig zweierlei zu bemerken. Erstens scheint sie uns den Gegensatz zwischen Fortschrittspartei und Volkspartei, das ist Demokratie, nicht genug hervorzuheben. Und ferner können wir dem Redner nicht beistimmen, wenn er die „Niederlage“ der Preussischen Demokratie vorwiegend dem „Mangel an Treue den eignen Grundgesetzen gegenüber“ zuschreibt. Abgesehen davon, daß nicht die Preussische „Demokratie“, die ja leider noch nicht als selbstständige Partei aufgetreten ist, sondern bloß jener konfuse Parteibrei genannt „Fortschrittspartei“ eine Niederlage

erlitten hat, müssen wir doch die „abgefallenen“ Mitglieder der „Fortschrittspartei“ gegen den gemachten Vorwurf in Schutz nehmen. So weit diese Partei bewußte Grundzüge hat, verfolgt sie die Klassenzwecke der Bourgeoisie. Die Bourgeoisie aber, so „liberal“ sie dem Adel, der Bureaucratie, dem Militarismus gegenüber sein mag, ist ihrem innersten Wesen nach überall reaktionär dem Parlamentarismus, dem Volk gegenüber. Wie sie in Frankreich aus Furcht vor den Arbeitern sich der verhassten Diktatur Bonaparte's in die Arme warf, so in Preußen aus Furcht vor den demokratischen Massen der Diktatur Bismarck's. Graf Bismarck beurtheilte die liberale Bourgeoisie von vornherein sehr richtig, indem er kurz nach seinem Eintritt in das Ministerium die Aeußerung that: „Mit den Fortschrittlern werde ich leicht fertig werden, denn sie fürchten die Revolution mehr als sie mich hassen!“ Die wenigen Mitglieder der „Fortschrittspartei“, auf welche dieses Wort keine Anwendung findet, sind eben bloß irrthümlicher Weise in die „Fortschrittspartei“ hineingerathen. —

Mit 254 gegen 113 Stimmen hat das Preussische Abgeordnetenhaus die Zahlung der 25 Mill. Thlr. an die „entsetzten“ Fürsten von Hannover und Nassau bewilligt. Das Ganze war bloß eine jener in Preußen üblichen konstitutionellen Spiegelfechtereien, fintelmalen die Regierung das Geld schon gegeben hatte. Bei diesem Anlaß enthüllte sich so recht deutlich die Verwirrung in den Köpfen der Preussischen Fortschrittspartei. Welch' wunderliches Sammelsurium von demokratischen Kraftphrasen und officiösem Annerkennung- und Loyalitätsdusel in den Reden der Waldeck, Löwe, Schulze, Ziegler u. s. f.! Kein Zweifel, vom demokratischen Gesichtspunkt aus ist gegen die Absetzung der Fürsten nicht das Geringste einzuwenden, wohl aber sehr viel dagegen, daß sie von einem andren mächtigeren und absoluten Fürsten im Interesse einer freiheitsfeindlichen Politik abgesetzt worden sind. Doch was ereifern wir uns? Wir haben es ja bloß mit Seiner Majestät des Königs von Preußen loyaler Opposition zu thun.

Graf Bismarck hatte die schwierige Aufgabe, einen Akt der Revolution von Oben zu vertheidigen, ohne sich mit dem legitimistischen Gewissen des Königs in allzu schroffen Widerspruch zu verwickeln, und er löste sie herzlich schlecht nach dem

\*) Als vor 4 Jahren in Ungarn Mißwachs war, votirte der deutsche Reichstag in Wien zur Milderung des Nothstandes 10 Millionen Gulden. Welch' beschämender Contrast für den Staat des deutschen Berufs, der seine hungerrnden Bürger der Privatwohlthätigkeit überläßt!

Zeugniß von Freund und Feind. Unter anderen passirte ihm der unglückliche lapsus linguae (ein „Ausgleiten der Zunge“), daß er die — nun, die Beschlagnahme der Hannoverschen und Nassauischen Lande als Expropriation im Interesse Preußens (sich korrigirend, fügte er und „Deutschlands“ hinzu) bezeichnete. Also einen Fürsten vom Thron jagen, heißt „Expropriation“. Die Entschädigung ist der Willkür der Verjäger anheimgestellt. Wir danken für das Wort und werden es uns merken. —

Nach Briefen aus Berlin, hätte Graf Bismarck wegen der „Hannoverschen Legion“ in Paris Anfragen gemacht. (Siehe unter: Vermischtes).

Während die Bismarck'sche Schöpfung den Weg geht, welche solche Schöpfungen gehen müssen, nimmt Herr von Beust con amore seine „Revanche für Königsgräß.“ Jeder Schritt rückwärts für Preußen ist ein Schritt vorwärts für Oesterreich; und der österreichische Premier hat es augenscheinlich darauf abgesehen, seinen Norddeutschen Nebenbuhler systematisch durch die Thatfachen zu persifliren. Das parlamentarische Regiment eingeführt, die Presse befreit, das Vereinsrecht hergestellt, die Armee dem Reichstag untergeordnet, die Art an das Concordat gelegt — kein Wunder, daß preussische Blätter sich seufzend „Freiheit wie in Oesterreich“ wünschen. —

Die Süddeutschen rüsten zu den Wahlen für das Zollparlament. Nur nicht in Württemberg, wo die Volkspartei, welche die Mehrheit des Volks vertritt, bekanntlich die Wahlenthaltung beschloffen hat, so daß nur jämmerliche Minoritätswahlen zu Stand kommen können. Wenn aber auch dieser Beschluß in Belgien, Baden und Hessen-Darmstadt von der Demokratie mißbilligt wird, so ist doch auch hier die überwältigende Mehrheit der Einwohner entschieden gegen die von den Gothaern gepredigte „Erweiterung“ des Zollparlaments in ein „Vollparlament“ und will von dem Anschluß an Preußen aus guten Gründen nichts wissen.

Aus Württemberg schreibt die „demokratische Correspondenz“ etwas kleinlaut: „Die Entscheidung in der Frage des Wehrgesetzes ist noch in der letzten Minute anders ausgefallen, als es bis zur letzten Minute erwartet und gehofft wurde. Das Wehrgesetz ist nicht abgelehnt, eine kurze Präsenzzeit nicht angenommen, das Privilegium der einjährigen Freiwilligen nicht beseitigt, nur die zweijährige Präsenz ist gerettet und die bei loyaler Ausführung wichtige Bestimmung aufgenommen, daß tüchtige Jugendwehrmänner mit sechs Monat entlassen werden müssen.“

So ist denn im Bereiche der Hohenzollern durchweg Gesetz geworden, was im Reiche der Hohenzollern seit lange und für ewig als Lebensbedingung gilt. Eine große Hoffnung geht damit zu Grabe. Die Hoffnung war, es werde hier in Schwaben ein Loch gemacht werden in die militärische Verpöschung d. h. Verpöschung Süddeutschlands, und dieses Loch wäre tödtlich gewesen für alles Großpreußenthum; der Entschluß eines deutschen Volksstammes, trotz alledem und alledem nicht in die Verderbensbahn des Militarismus einzulenken, vielmehr grade jetzt um so ernster den Bürgerstaat zu gründen, wäre konstatirt worden, und wenn es in Württemberg mit dem Volksheer, mit dem Freiheer gehen mußte — hundert gegen eins: selbst in Baden hätte das Eindrud gemacht. Damit ist's vorbei, für jetzt vorbei; die Volkspartei hat nur eins retten können: die zweijährige Präsenzzeit; die dankt das Land der Volkspartei, und dankt's ihr hoffentlich durch die That.“

Matthj, berüchtigt durch sein, an dem Demokraten Fidler, seinem Freund, ausgeübtes Polizeidienertalent, lange Jahre hindurch einer der thätigsten Agenten des Großpreußen-

thums, ist in Baden gestorben, Bluntzschli lebt noch; und kann vielleicht einen zweiten Sonderbund begraben sehen. —

Mittlerweile gährt es mehr und mehr in Frankreich. Der „unterirdische Kampf“ nähert sich immer drohender der Oberfläche; und die Debatten des „gesetzgebenden Körpers“ (so benamset, weil er gleich dem preussischen Abgeordnetenhaus keine Gesetze zu geben, sondern bloß zu den Klaffen der Regierung Ja! zu sagen hat) über das Preßgesetz bilden, ihrer revolutionären Heftigkeit einen Abglanz der revolutionären Volksstimmung. Dieses Preßgesetz ist drakonisch. Ruinirende Geld- und schwere Freiheitsstrafen für das geringste „Bergerhe“, aber immerhin wenigstens ein Gesetz. Und so unerträglich sind die jetzigen Preßzustände, daß viele, sich für freisinnig haltende Zeitungsschreiber sogar dieses Gesetz als eine Erlösung aus der unberechenbaren Willkürherrschaft preisen!

In dem Wahlkreis Lille hat der Regierungskandidat mit großer Mehrheit den Oppositionskandidaten geschlagen. Das Triumphgeschrei der Anhänger des Kaisers über diesen Wahlsieg, der einzig und allein dem durch die Beamten und Pfaffen ausgeübten Druck, und der geschickten Zusammenlegung des Wahlbezirks (in der Stadt Lille blieb der Regierungskandidat in der Minderheit) zu verdanken ist, beweist besser, als hundert Leitartikel es vermöchten, wie wacklich und wurmstichig der Thron des Decemberrmanns ist. —

Aus dem constitutionellen Musterstaat England nichts als Nachrichten von neuen Verhaftungen, neuen Fenierstreichern, neuen Preßverfolgungen, neuen Bankrouterklärungen des dortigen Lügen-Parlamentarismus. — Doch halt! Eins hätten wir fast vergessen: ein in London entdecktes „Komplot“ gegen das Leben des Königs von Preußen, Ex ungue leonem. Wer erriethe da nicht gleich die Hand des genialen Stieber, der, schon berühmt durch seine Thätigkeit unter den schlesischen Webern und im Kölner „Kommunistenprozeß“ und durch sein Märtyrertum im Eichhoff'schen Prozeß, sich vor zwei Jahren durch seine bei der „Neugeburt“ Deutschlands, gemeinschaftlich mit Braß, Bauer, Bucher und anderen Ehrenmännern, geleisteten Sebamendienste die Unsterblichkeit und — die Wiederanstellung erworben hat?

Seit anderthalb Jahren spielt auf der Insel Kandia eine in Petersburg verfaßte Komödie, betitelt der „Kretische Aufstand“. Das Ding ist nachgerade langweilig geworden, und es freut uns deshalb melden zu können, daß die letzten Nachrichten aus Konstantinopel (und diese heidnischen Türken haben den civilisirten Christen die Kunst des Lügens noch nicht abgelernt) den Schluß der Vorstellung anzeigen — gerade nachdem ein griechisches Telegramm einige hundert Türken in einer erschrecklichen Mezelei (auf dem Papier) vom Leben zum Tod befördert hatte. —

Die russischen Intriguen sind damit allerdings keineswegs zu Ende. Erfahren wir doch aus glaubwürdiger Quelle von Wien, daß aus Rumänien, wo der russische Statthalter aus dem Haus Hohenzollern dem Namen nach herrscht, mehrere Tausend Bewaffnete in das Bulgarische Gebiet eingefallen seien. Aber so lange das übrige Europa ruhig bleibt, haben derlei Vorgänge nicht viel auf sich; und sollte es einmal zu einem ernstlichen Ausbruch kommen, nun, dann bietet Polen den Türken und Oesterreichern eine prächtige Gelegenheit, den Spieß umzudrehen, und ihn den Russen und deren Bundesgenossen tief in die Flanke zu stoßen. Man sagt, Graf Bismarck habe die Gefahr, die ihm von dieser Seite droht, begriffen, und kürzlich Versuche gemacht, die polnische Emigration für die preussisch-russischen Pläne zu gewinnen. Aber wir glauben das nicht, und zwar aus dem einfachen Grund.

weil wir Graf Bismarck für zu geschickt halten, um mit so ausfichtslosen Experimenten seine Zeit zu verlieren.

In Oesterreich ist die Gefahr, welche der dortigen Arbeiterbewegung durch Bismarck'sche Agenten drohte glücklich beseitigt worden. Die Arbeiter haben begriffen, daß Sozialismus und Demokratie untrennbare Begriffe sind, und daß es selbstmörderisches Beginnen wäre, wollten sie den politischen Umgestaltungsprozeß, der sich jetzt in Oesterreich vollzieht, durch einen verfrühten Kampf gegen das Bürgerthum stören. Als Beleg theilen wir den Schluß eines Vortrags mit, den Herr Heinrich Oberwinder am 26. Jan. im Wiener Arbeiterbildungsvereine über „Lasalle's Leben und Wirken“ hielt:

„Die hiesigen Verhältnisse sind zum Theile anders, als in Norddeutschland. Hier hat ein Theil der Presse, wie z. B. die Vorstadtzeitung, das Tageblatt und die Morgenpost Ihre Bestrebungen in anerkennenswerther Weise unparteiisch besprochen. Hier dürfen Sie vom Bürgerthume erwarten, daß es Ihnen nicht feindlich gegenübertritt. Es würde seine eigenen Interessen verkennen, wenn es anders handelte. Man denke an die Umtriebe des großen Nachbarstaates (Preußens). Man erinnere sich daran, daß an der socialen Frage die civilisirten Staaten des Alterthums gescheitert sind und eine Beute der Barbaren wurden. Auch die neuere Geschichte stellt uns warnende Beispiele vor Augen. In Frankreich wurden im Juni 1848 die Socialisten, welche, so sehr auch die lügnischen Zeitungen bemüht waren das Gegentheil zu behaupten, nichts Anderes wollten, als den Staat vor der Anarchie bewahren und dem Volke seine Freiheit sichern, auf grausame und verrätherische Weise niedergeworfen. Die Folge war, daß mit den Socialisten auch die Freiheit unterdrückt wurde, und seit 16 Jahren wird sie Frankreich von Louis Bonaparte geraubt, der es nun durch unnütze Kriege an den Rand des Abgrundes geführt hat. Das Bürgerthum in Oesterreich muß, wenn es den Ausbau seiner Verfassung im freiheitlichen Sinne bewirken will, sich mit Ihnen vereinigen und Ihre Sache zu der seinigen machen.

Da zur Förderung Ihrer socialen Interessen zunächst die Beseitigung des Konkordates und die Erlangung der unumschränkten Pressfreiheit eine Nothwendigkeit sind, so wird auch das liberale Ministerium, wenn es auf den Bahnen des Fortschritts weiter schreitet, in Ihnen einen kräftigen Bundesgenossen haben; ja, ich glaube, die Arbeiter würden in diesem Falle das Ministerium gegen eine allenfalls drohende reaktionäre Staatsstreikspolitik zu vertheidigen wissen.

Ihre nächste Aufgabe, meine Herren! wird nun dahin gehen müssen Ihre socialen Bestrebungen auch auf die übrigen Länder des Kaiserstaates auszudehnen. Indem Sie überall die Ideen der wahren Humanität und der Freiheit verbreiten, werden Sie zugleich den reaktionären Strömungen in den Provinzen entgegenarbeiten.

So kann also Oesterreich in dem Auftreten der socialistischen Arbeiterbewegung nur das Herannahen einer wirklich besseren Zeit und eine neue Bürgerschaft für die fortschreitende Entwicklung des allgemeinen Staatswohl's begrüßen.“

Der Beifall, mit dem diese Worte aufgenommen wurden, beweist, daß sie den nach Tausenden zählenden Zuhörern aus der Seele gesprochen waren.

### Eine Volksversammlung in Berlin.

Am 30. Januar d. J. sprach Johann Jacoby in einer Versammlung von 2500 Wählern. Wir lassen die wichtigsten Stellen seiner Rede folgen:

„Fattisch ruht (in Preußen) alle Macht ausschließlich in der Hand der Regierung, von der Regierung hängt Alles ab, der Regierungswille allein ist entscheidend in allen Dingen. Wollen wir anders aufrichtig sein, so müssen wir dem eben ausgesprochenen Satze den zweiten hinzufügen: Die Volkspartei in Preußen, — jedes politischen Einflusses baar —, ist zur Zeit durchaus ohnmächtig, die staatlichen Zustände umzugestalten.

Und was folgt daraus? Etwa, daß wir mit verschränkten Armen dem weiteren Verlaufe zuschauen? Eine solche abwartende Politik — was wäre sie anders als die Selbstvernichtung, der moralische Tod der Partei?! Nein! Der Schluß, den wir daraus ziehen, lautet anders:

Die Partei muß — belehrt durch die traurige Erfahrung der letzten Jahre — ihre Kräfteanstrengung verdoppeln, — muß aber zugleich überlegen, welchen Weg sie einzuschlagen habe, um besseren Erfolg zu erzielen, als bisher.

Zwei Ursachen sind es, denen vor Allem das Mißlingen aller bisherigen Freiheitsbestrebungen zuzuschreiben ist, nämlich Mangel an Treue den eigenen Grundsätzen gegenüber, Mangel an Entschiedenheit im Kampfe mit den Gegnern. —

Rechtsgleichheit Aller ist der Grundgedanke der Demokratie. Wie hat sich die Partei zu diesem Grundsatz in politischen, sozialen und nationalen Fragen zu verhalten? Auf politischem Gebiet folgt aus diesem Gleichheitsprinzip die gleiche Berechtigung jedes einzelnen Bürgers auf Theilnahme am Staatsleben: Eine naturgemäße Forderung ist darum, daß über alle das Geschick des Landes betreffende Angelegenheiten unter Mitwirkung aller Bürger entschieden wird. Die Einzelherrschaft steht hierzu in offenem Gegensatz, die parlamentarische Regierung erfüllt sie nur dem Schein nach — die unbedingte Selbstregierung des Volkes wird ihr allein gerecht. Was nützen einem Volke Pressfreiheit, Vereins- und Versammlungsgerechtigkeit, was alle konstitutionellen Rechte und Freiheiten, wenn ein Einzelner die Macht hat, nach Gutbefinden über Krieg und Frieden zu entscheiden, — wenn es ihm freisteht, — auf Grund dieser Entscheidung — jene Rechte und Freiheiten insgesamt außer Kraft zu setzen? So lange nicht in allen Angelegenheiten des Staats der Gemeinwille zur vollen, unbeschränkten Geltung kommt, ist das Volk nicht Herr des eigenen Geschicks, nicht Herr über sich selbst.

Wie aber ist das Ziel zu erreichen?

Woher kommt es, daß bisher alle Versuche, dem Volkswillen die gebührende Geltung zu verschaffen, so häufig gescheitert sind?

Sagen wir es gerade heraus! Der Grund liegt einfach darin, daß bisher ein wirklicher, einmüthiger Volkswille gar nicht vorhanden war.

Zur Existenz eines starken Volkswillens bedarf es einer gleichmäßigen politischen Bildung, und diese setzt wieder eine gewisse Gleichmäßigkeit in der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensstellung der verschiedenen Volksklassen voraus. Mit anderen Worten:

Politische und soziale Reform fordern und bedingen sich gegenseitig. Ohne Theilnahme des Arbeiterstandes keine dauernde Besserung der politischen Zustände, und — ohne Aenderung der politischen Zustände keine wirtschaftliche Besserung des Arbeiterstandes!

Hieraus folgt, daß die demokratische Partei aufhören muß, eine bloße politische Partei zu sein. Somit kommen wir zur Anwendung des demokratischen Gleichheitsprinzips auf dem Gebiet des sozialen Lebens. Hier findet es seinen Ausdruck in dem Anspruch Aller auf Theilnahme am allgemeinen Wohlstand. Es genügt nicht, daß wir selber frei und glücklich sind, zu unserem Glück gehört auch, dahin zu wirken, daß Andere der gleichen Freiheit, des gleichen Glückes theilhaft werden.

Jeder für Alle, das ist Menschenpflicht; — Alle für Jeden — das ist Menschenrecht.

Zwei Wege hat man empfohlen zur Abschaffung des sozialen Uebels: Selbsthilfe und Staatshilfe. Beide haben das gleiche Ziel: Veredelung des Menschen. Weit entfernt, einander auszuschließen, unterstützen und ergänzen sie sich gegenseitig. Die Staatshilfe ist erforderlich, damit dem besitzlosen Arbeiter die Anwendung der Selbsthilfe möglich werde. Doch soll durch dauernde Staatshilfe nicht etwa ein neuer privilegiertem Stand geschaffen werden. Wir verlangen im Gegentheil Aufhebung aller Gesetzbestimmungen und Einrichtungen, die bei der Produktion wie bei der Vertheilung materieller Güter den einen Bürger vor dem anderen bevorzugen. Der Arbeiter soll die gleiche Freiheit genießen, wie jeder andere Bürger, die Fesseln und Hemmnisse sollen entfernt werden, die ihn abhalten, seine Arbeitskraft, das einzige Kapital, das er besitzt, nach Möglichkeit zu verwerthen.

Es nützt dem Gemeinwesen nichts, wenn der Reichtum steigt und die Menschen sinken!

Dem Rechte jedes Gliedes der Gesellschaft — nicht bloß auf nackte Existenz, sondern auf ein menschenwürdiges Dasein — entspricht die Verpflichtung der Gesamtheit dem Einzelnen hierzu Beistand zu

leisten. Dieser humane Grundsatz ist nicht etwa die Erfindung einer modernen sozialistischen Schule, schon das Allgemeine Landrecht erkennt eine solche Pflicht des Staates ausdrücklich an. Es sagt:

Zbl. II. 19 Tit. §. 1. „Dem Staate kommt es zu, für die Ernährung und Verpflegung derjenigen Bürger zu sorgen, die sich ihren Unterhalt nicht selbst verschaffen und denselben auch von anderen Privatpersonen, welche nach besonderen Gesetzen dazu verpflichtet sind, nicht erhalten können.“

§. 2. „Denjenigen, welchen es nur an Mitteln und Gelegenheit, ihren und der übrigen Unterhalt selbst zu verdienen, ermangelt, sollen Arbeiten, die ihren Kräften und Fähigkeiten gemäß sind, angewiesen werden.“

§. 6. „Der Staat ist berechtigt und verpflichtet, Anstalten zu treffen, wodurch der Nahrungslosigkeit seiner Bürger vorgebeugt und der übertriebenen Verschwendung gesteuert werde.“

Im Interesse jedes Einzelnen wie des Gemeinwohls fordern wir von der Gesetzgebung, daß sie fortan die Waagschale zwischen den verschiedenen Gesellschaftsklassen nach Recht und Billigkeit handhabe; wir fordern aber auch, daß sie das Unrecht wieder gut zu machen suche, welches sie selbst — durch das frühere Schwanken der Waagschale, durch Begünstigung der herrschenden und vermögenden Klassen, herbeigeführt hat. Insofern das soziale Elend der Gegenwart in der Verkehrtheit wandelbarer menschlicher Einrichtungen, nicht in der notwendigen Ordnung der Dinge seinen Grund hat, dürfen wir mit Recht voraussetzen, daß auch die Heilung des Übels nicht außerhalb der menschlichen Macht liegt. —

Das Ziel ist fern; aber — das Leben der Völker ist lang.

Zur Verwirklichung der politischen und sozialen Freiheit reicht jedoch die Kraft eines einzelnen Volkes nicht aus: gemeinsame Arbeit, das Zusammenwirken der Völker ist dazu erforderlich.

Jedes Volk, jeder einzelne Volksstamm hat gleichen Anspruch auf Freiheit und Selbstbestimmung.

Anerkennung dieses Rechtes ist Bürgerschaft des Völkerfriedens, ist das so lang gesuchte und nimmer gefundene „politische Gleichgewicht der Staaten“.

Mißachtung der nationalen Gleichberechtigung, Streben nach Oberherrschaft des einen Volkes über das andere, des einen Volksstammes über den anderen — ist Ursache des Völkerkriegs und des nicht minder verderblichen Zustandes permanenter, Kriegsbereitschaft, unter dessen Druck ganz Europa leidet.

Nichts hat der Volkspartei in Preußen mehr zum Schaden gereicht, als ihr unsicher schwankendes Verhalten gegenüber dem Selbstbestimmungsrechte der Schleswig-Holsteiner und anderer deutscher Bundesstämme. Männer, die mit Eifer jahrelang die Rechte des Volkes verteidigt, sahen wir plötzlich eine neue Fahne erheben; verleitet durch einen engbergigen „Patriotismus“ — hat ein Theil der Partei für gut befunden, einstweilen den Kampf für Recht und Freiheit einzustellen, um dem Streben nach Ruhm und Herrschaft, nach nationalen Macht- und Gebiets-Erweiterungen Vorschub zu leisten.

„Einheit geht vor Freiheit! Trachtet allererst nach nationaler Macht und Größe, so wird Euch die Freiheit von selbst zufallen!“ — so lautet die neue Parole.

Wir aber — treu der alten Fahne — halten fest an der Ueberzeugung, daß Zwangs-Einheit eben so wenig eine „Vorstufe zur Freiheit“, wie Herstellung großer Militärstaaten der Weg zum Rechtsstaate ist. Wir erachten es für ein verkehrtes Treiben, die Einheit und Größe einer Nation durch Freiheitsopfer erkaufen zu wollen: denn nur dem freien Manne steht Vaterlandsliebe zu, und nur die auf Freiheit gegründete Macht hat Werth und Dauer. Kom wurde groß durch seine Herrschaft über die Bundesgenossen; aber — die Freiheit des römischen Bürgers ging dabei zu Grunde und mit ihr auch die römische Größe.

Man hat der Fortschrittspartei den Vorwurf gemacht, daß ihre ganze Thätigkeit in nichts Anderem bestehe, als im **Verneuen**. Verträglichkeit, sagt man, sei der Angelpunkt des konstitutionellen Systems: nur durch Rechnungstragen, durch gegenseitige Zugeständnisse könne man in der Politik Erfolge erzielen. Die Fortschrittspartei aber sei der Regierung überall schroff entgegengetreten, habe verweigert, was die Regierung gefordert, verworfen, was die Regierung vorgeschlagen, bloß weil die Regierung es vorgeschlagen. Wir könnten uns den Vorwurf schon gefallen lassen, wäre er nur besser verdient! Allein, man höre die Vertheidigung selbst der entschiedenen Parteimitglieder! Mit einer gewissen Selbstbefriedigung weisen sie darauf hin, daß sie — der Regierung gegenüber — es nie an der erforderlichen Unterstützung haben fehlen lassen — daß sie die Regierungsvorlagen stets sorgsam geprüft, und allemal zugestimmt, so oft auch nur ein Körnlein Gutes darin enthalten, — daß sie wiederholt weit vornübergebeugt die Hand zur Veröhnung geboten; — gegen nichts verwahren sie sich eifriger, als gegen die Anschuldigung einer grundsätzlichen, systematischen Opposition. Diese Verthei-

digung — offen herausgesagt — in unseren Augen ist sie nicht viel besser als eine Selbstanklage der Partei. Wie will man den Gegner bekämpfen, wenn man ihm Vorschub leistet? wie ihn besiegen, wenn man ihm selber die Mittel zum Kampfe entgegencrät?

Wo es sich um ein Entweder — Oder handelt, um Gegensätze, so unverföhlich wie Herrschaft und Freiheit, Militärstaat und Rechtsstaat, — was sollen die Ausgleichungs- und Vermittelungsversuche nützen? Nicht durch halbe Zugeständnisse und Compromisse, nicht durch Indemnitätsertheilung und Gewähren von Provisorien wird die Frage zum Austrage gebracht, nur durch einen ernsten, mit der ganzen Gluth des Herzens, mit voller Hingebung und Begeisterung geführten Kampf kann der Siegespreis errungen werden. Mag immerhin aus einer grundsätzlichen, systematischen Opposition augenblicklich Nachtheil erwachsen, — das Volk muß einsehen lernen, daß für das höchste Gut der Freiheit kein Opfer zu groß ist.

Fassen wir das Gesagte in Eins zusammen!

Die politischen, sozialen und nationalen Verhältnisse stehen in Wechselwirkung mit einander; sie bedingen und ergänzen sich gegenseitig.

Die Volkspartei muß den demokratischen Grundsatz der Rechts-gleichheit Aller ebenmäßig auf den Gebieten des politischen, sozialen und nationalen Lebens zur vollen Geltung bringen.

Nur so kann sie das Ziel erreichen, das ihr vorgesteckt ist:

Den Friedens- und Freiheitsbund der Völker Europas.“

Nachdem Jacoby seine von den lebhaftesten Beifallsbezeugungen begleitete Rede beendet hatte, und nachdem das dreifache Hoch auf ihn verhallt war, wurde von einem der Anwesenden eine Petition an das Abgeordnetenhaus um Unterstützung der nothleidenden Ostpreußen aus dem Staatschatz gestellt. Dagegen beantragte Buchhändler Alexander Jonas:

„In Erwägung, daß das Abgeordnetenhaus sich unfähig erwiesen, für das Recht und die Wohlfahrt des Staats zu sorgen, geht die Wählerversammlung, obgleich sie sich sachlich mit ersterem Antrage einverstanden erklärt, zur Tagesordnung über.“ Herr Jonas sagte zur Begründung seines Antrags:

„Wenn überhaupt eine Besserung unserer politischen und sozialen Lage eintreten soll, so muß als erstes Zeichen dieser Besserung gelten, daß wir nicht da hoffen, wo alles Hoffen vergeblich ist, daß wir nicht unsere Zuversicht dahin richten, woher uns kein Heil mehr kommen kann. Wir haben seit zwei Jahren viel verloren — die verbrieften Rechte der Nation — sie sind begraben; die natürliche Macht, die ihnen inne wohnt, die trotz aller Spötter nicht gebrochen werden konnte, ohne Mithilfe der Volksvertreter, diese Macht ist dahin; der Nationalwohlstand ist tief unterwühlt — aber „es ist auf Erden nichts so schlecht, daß es nicht auch 'mal Nutzen bräht“, als Resultat dieser Epoche, in welcher die parlamentarischen Ereignisse keine glänzende Rolle gespielt, hat sich mit überwältigender Kraft die Erkenntnißbahn gebrochen: „Parlamente allein thun's nicht mehr!“ (Lebhafter Beifall.) Diese Erkenntniß darf aber nicht abgeschwächt werden, indem wir durch unsere Handlungsweise neue Illusionen erwecken. Man wird antworten: Mit müssen unsre Schuldigkeit thun, auch ohne Aussicht auf Erfolg. Gewiß; was aber ist unsere Schuldigkeit? Man verwechselt nicht die Personen! Die Schuldigkeit des Volksvertreters, der mit einem bestimmten Auftrag ausgerüstet ist, ist es streng nach dem vorgeschriebenen Weg das unbedingte Festhalten an den Rechten des Volkes, die Wohlfahrt und die Freiheit desselben zu wahren und wenn er kann, zu mehren. (Mauschender Beifall.) Wir haben keinen Auftrag, wir sind die Auftraggeber, in uns ruht der Ursprung jener Rechte und Freiheiten, unsere Schuldigkeit ist nur zu erreichen, wenn nicht durch, trotz der Parlamente. Das ist praktische Politik für das Volk, eine Politik, die das Volk treiben darf, weil es nur sich selbst verantwortlich ist und allein die Folge zu tragen hat. Wenn dies nun im Allgemeinen von den parlamentarischen Zuständen dieser Tage gilt, wenn wir von unserer Volksvertretung keine Hilfe zu erwarten haben, so tritt in dem vorliegenden Fall für die Ablehnung der vorgeschlagenen Petition noch ein verstärkendes Motiv hinzu. Meine Herren! eine Provinz des Staates hungert — in den Schatzkammern desselben Staates liegen Millionen aufgehäuft — Millionen sollen an besiegte, in Ueberfluß schwelgende Fürsten gegeben werden (rauschender Beifall), und das Volk soll seine Volksvertreter erst auffordern, die Millionen für die hungern- den Mitbürger flüssig zu machen? Rein meine Herren! wenn es doch möglich sein könnte, wenn die ausgefreckten Arme der Darbenden zurückgewiesen werden könnten von denen, die sich Vertreter und Abgeordnete des Volkes nennen, lassen Sie sich auch das noch vollenden.“

Aber keine Petition, keine vergeblichen Resolutionen mehr! Täuschen Sie sich nicht selbst, indem Sie glauben, etwas gethan zu haben, wenn Sie die Petition beschließen, die doch nichts ändert. — Nein, meine Herren, gehen Sie von hier fort mit der Ueberzeugung unserer Hülflosigkeit, mit der Erkenntniß, daß wir, verlassen, uns nur auf uns selbst verlassen dürfen. Die Früchte der Erkenntniß, daß seien Sie gewiß, werden reifen und uns zum Ziele führen.“ (Enthusiastischer Beifall.)

Jacoby erklärte hierauf, daß es sich seinerseits nicht züeme, weder für den einen, noch den andern Antrag zu sprechen, da er bis jetzt noch Mitglied des Hauses sei. Uebrigens sei ein ähnlicher Antrag bereits in Vorbereitung. Aber es gehe im Abgeordnetenhaus etwas langsam. (Gelächter.) Es werde zwar zwischen den Parteien verhandelt, allein die Regierung halte an dem Grundsatz fest, daß der Staatschaß nur ein Kriegsschaß sei. (Entrüstung.)

Nun schritt die Versammlung zur Abstimmung, und der Antrag des Herrn Jonas wurde fast einstimmig (nur etwa 30 waren dagegen) angenommen.

Durch dieses, dem preußischen Abgeordnetenhaus ertheilte Misstrauensvotum hat die Berliner Wählerchaft sich um die Sache Deutschlands und der Demokratie verdient gemacht, und wesentlich zur Ueberbrückung der moralischen Mainlinie beigetragen, die der schwarz-weiße Partikularismus der früheren ebensowohl wie der jetzigen Kammer-Majorität gezogen hat, und ohne welche die politische Mainlinie nicht möglich gewesen wäre.

## Russische politische Flüchtlinge in West-Europa.

Von C. B.

### II.

Aber was wollen die „flüchtigen“ Russen? Bis auf Weiteres müssen wir den Zweck leider als ganz gleichgültig betrachten, zu welchem sich der Alstakoff, Katskoff, der Herzen'sche Pugatschew II., Batunin, Kauffmann, Schuwaloff, Berg, Herzen, Schedo-Ferotti, Murawiew unter einander zerkaufen. Uns gegenüber sind sie Alle ganz einig, wenn man nicht etwa Tschernischewski, zu den Strafarbeitern nach Sibirien geschickt, und Dobroljeboff, im Alter von 26 Jahren gestorben, radikale Gegner Herzen's, abtrennen darf. Über die unsere Nachrichten jedoch noch sehr mager sind. Das Streben aller Russen geht dahin, sich für den materiell angenehmeren Westen und Süden der Erde annehmbar zu machen, uns für die Besitzergreifung durch sie der Flußgebiete des Niemens, der Weichsel, der Donau und der Türkei mürbe zu schwächen. Außer diesem haben ihre härenhaften Purzelbäume keinen anderen Zweck! Aber in Europa war der klozige Bratkn längst gerochen worden. In Deutschland, dem Lande der Schlözer, Schloffer, Genz, Harthausen, Fallmerayer, Marx, konnte Herzen nirgends Fleisch fassen; er überhäupte es; in Frankreich wurde ihm auch nicht recht wohl und in England gar nicht; für die Schweiz zu brummen, lohnte nicht; in Galizien jedoch können die „flüchtigen“ Russen auf die Zerstückelung Oesterreich's hinweisen, wobei den Italienern dalmatische Küstenländer mit unbestimmter Fortsetzung und wohl auch einige türkische Inseln in Aussicht erscheinen — und in Italien haben sie zweifelsohne deswegen einige findliche und kindische Zuhörer gefunden. Die verannten reaktionären englischen Urquhartisten stellen den Garibaldi geradezu als russischen Agenten dar. Dergleichen Behauptungen thut man am besten als verdrehte abzufertigen. Jedoch die letzten Philippiken Garibaldi's gegen die Türken dürften zum Theil auch Batunin-Herzen-Dolgorukoff-Ogareff'sche Inspirationen sein, die nicht einmal das officielle Rußland, dort durch ein Kisseleff ver-

treten, den Bruder des noch in Paris lebenden Vaters des berühmten Moldau-wallachischen Roder (уставъ) zu verdammen braucht.

Im großen Ganzen ist der Bär, um mich eines Studentenausdrucks zu bedienen, glänzend „abgefahren“. Je dreister die Schreibstücke Gortschakoff's den Kabinetten gegenüber, desto schärfer hat die ganze große europäische Gesellschaft die Ohren gespitzt. Ihr „Lunte riechen“, ihr „oeil américain“, ihr „smelling a rat“ hat sich sogar auf das Benehmen erstreckt, welches die Mitglieder des Friedensausschusses in Bern, gegen ihre russischen Kollegen einhalten, so daß Herzen in dem französischen „Kolokol“ zum Flennen schreit, wobei er zur besondern Belustigung der Sachkenner, und gar nicht einmal sehr verdeckt, mit den Kosaken droht.

Es wäre lächerliche Einfalt, sich dagegen zu verwahren, daß man etwa die Annäherung des russischen Volkes an das übrige Europa bekämpfen wollte. Mit solchem Gefühlsgeudel ginge man dem Herzen in die Falle. Seine Zwecke zu verdecken, spielt er als Gegenpart solcher frechen diplomatischen Bretterhelden, wie die Mentchikoff's, Gortschakoff's und Ignatieff's, den unschuldigen armen Lumpen von bukolischer Reingung, den die übermüthigen West-Europäer bis hinter Ural und Wolga wegpeitschen wollen. Es giebt vielleicht bodenlose Häringsseelen — ich glaube unter ihnen sind einige englische Anhänger des französischen Asterphilosophen Comte —, die dahin zielendes Geplapper ernsthaft führen. Aber welchem vernünftigen Menschen kann es denn einfallen, ein ganzes Volk weg rasiren zu wollen, wie es die Nichts- als -Berrusser (приговоры) mit den Polen beabsichtigen? Herzen soll doch einmal die Pamphlete, Brochüren, Zeitungen Deutschlands, Frankreichs, Englands (von Italien spricht er nicht) namentlich angeben, die er als dahin zielende im Allgemeinen erwähnt! Damit will er nur die Aufmerksamkeit von seinem wirklichen Ziele ablenken, grade wie, in andrer Weise allerdings, ein russischer Agent thut in der vor mir liegender Broschüre: Europa, wird es republikanisch oder kosakisch? (Leipzig 1866, Verleger, Rasprovicz).

In ihr wird das Erregen von Besorgniß vor Rußland dermaßen auf die Spitze getrieben, daß Furcht lächerlich erscheinen muß. Somit hätte alsdann der russische Agent seinen Zweck erreicht. Es giebt Russenhaß in Europa, wie Russenliebe. Es ist Russenerkenntniß, die wir brauchen.

Als Vertreter einer Art Schauelerkenntniß muß der Schotte, Herr Mountstuart Grant Duff genannt werden, ein Mitglied des englischen Unterhauses, der die seichten deutschen Schreibereien Herzen's wohl nie gelesen hat und die russischen nicht lesen kann, ihn demnach nur nach Hörensagen behandelt, wenn er ihn in seinen politischen Aufsätzen sowohl, wie in Ferienreden vor seinen Wählern einen „geschickten Schreiber“ nennt. Herr Duff verdammt den russischen „Nihilismus“, der aber nichts Anderes ist, als was man sonst bei uns Radikalismus nennt. Darin sympathisirt er also mit Herrn Katskoff, dem Redakteur der „Moskowskija Wjädomości“. Von dem „flüchtigen“ Prinzen (daß Anjas nicht unser „Prinz“ ist, weiß Herr Duff vielleicht nicht) Dolgorukoff erzählt er mit wohlwollendem Schmungeln, er hätte „niedlich klar“ gesagt, es gäbe zwei Arten von „Nihilismus“: „den Nihilismus derer, die nichts in ihren Taschen, und den Nihilismus derer, die nichts in ihren Köpfen haben.“

Der Anjas und Duff sagen natürlich nichts von dem Aliquidnunciismus derer, die etwas in den Taschen, und nichts im Kopfe haben. Allerdings ist Herr Duff ein höherer Zeitungsverständiger, ein guter Erläuterer täglicher Leitartikel und periodischer Papierdrachen, die von 10 Schillingen bis fünf Pf.

Sterling die Elle kosten. Unter seinen Drakeln sind penny-liners, wie Edmond About, Max Schlegler, und Diplomaten des Daily Telegraph. Er ist ein für uns gefährlicher Herold der Russen, da er lustig die „Russophobie“ verschreit. Viele Leser werden sich noch des Berliner „Kraehlers“ von 1848 erinnern, der mit riesenhafte großen Lettern: „die Russen kommen, die Russen kommen, die Russen kommen!“ druckte, um unsere Aufmerksamkeit von der Weichsel weg dem Rheine zuzulenken. Herr Duff verarbeitet also nur einen alten russischen Witz für England, wenn er sein „Russ, Russ,“ hier überall ironisch herumhökert. Bei Behandlung österreichischer Angelegenheiten sagt er: „Ich bin kein Feind von Rußland, aber ich wünsche nicht Rußland weiter nach Westen fortschreiten zu sehen.“ — Polen giebt er hiermit schon entschieden auf; mit seinem Geplauder über Kongresspolen schaukelt er das Ganze, für ihn eine Leiche, nur tiefer in den Sand. —

Und nach Süden fortschreiten, ja? Wenn ja, so betet er dem Nicolai Turgeneff nach, der in seinem „Rußland und die Russen“, es bejammert, daß „la Russie est un pays trop essentiellement méditerranéen (Rußland ist ein Land zu durchgängig mittelländisch).“ Damit soll nämlich gesagt sein, daß es zu weit vom mittelländischen Meere liegt. Es ist klar, man muß sich dem viel herumgetriebenen, geschwägigen und vielschreibenden (πολύδοτος και πολυήγορος και πολυγράφος) Herrn Duff, der Rektor einer schottischen Universität ist, auf deutliche Hörweite nähern (προσλαβείν ες ἐπήκοον) und ihm, wenn, wie im vorliegenden Falle nöthig, auf die Finger klopfen (κολάζειν). Die englischen „Staatsmänner“ lieben klassische Behandlung; darum, wie man sieht, gebe ich mir dafür Mühe.

Er preist den zukünftigen König von Preußen und die zukünftige Königin, obgleich auch sie, wie er denkt, kein goldenes Zeitalter herbeiführen werden.

Als Maßstab für sein Verständniß der Nothwendigkeit ernster Behandlung der Kapital- und Arbeitsfrage führen wir genau seine Worte an:

„Die „Saturday-Review“ wies neulich, und sehr richtig, darauf hin, daß Zeichen einer Verbindung sichtbar werden zwischen einigen südlichen — er spricht in Schottland, meint also englische — Arbeitern und Störenfriedern Israels auf dem Kontinent, daß Chartismus in Mazzinismus übergeht. Es ist von daher keine Art von Gefahr zu befürchten, wenn unsere politischen Angelegenheiten hierfür eine entschieden liberale Färbung annehmen. Thun sie das nicht, so möchte ich denjenigen, die es näher angeht, rathen, ohne Zeitverlust die Sturmsignale aufzuziehen.“

Der Held des Genfer Friedenskongresses ist für ihn der anständige Schweizer Eisenbahn-Industriemitter, mit den französisch-imperialistischen Finanz-Zephyren verkettet, Herr Schmidlin von Basel.

Schaukelnder Gaukler, was Rußland betrifft, geschwägiger Todtengräber Polens, Bewunderer der zukünftigen Hohenzollern, Student und Nachbeter von Saturday-Review, Verehrer der europäischen Schmidlins, zu denen die Schulze-Delitzsch und Molinari zu rechnen, — so wissen wir für unsern Krieg wohl genug von seinem Kaliber. Er ist die Verkörperung des englischen höheren Bildungsbreits.

Nun zurück wieder von den europäischen schon „vermittelten“ Russen zu den europo-asiatischen Vermittlungs-Russen.

„Der Schwankende Dualismus der Deutschen“ — sagt unser Weiser aus dem Ritternachtslande in dem französischen Kolokol — „die da wissen, daß das Leben, „der Theorie nach,“ nicht mit den praktischen Sphären zusammen-

fällt, und der sich darin ergiebt, ist der russischen Naturanlage durchaus antipathisch.“

Der dem Herrn Herzen „langweilige“ Europäer denkt wohl durchgängig, daß die Handlungen des gewöhnlichen Lebens sich nicht allmählich mit der „Theorie“ in Uebereinstimmung bringen lassen. Der gründlich vermittelnde Europo-Asiatismus der Russen mit der tief wissenschaftlichen Grundlage panflavistischer Prädestination, dreht diese Alltäglichkeit um, wie einen alten Schuh. Zum Beweise, daß man genug von der „Schule habe“ und unwiderleglich sei, wird dann kreuz und quer Goethe angeführt und Heine, Kant und Schiller, mit widerlicher Aufdringlichkeit, in einer Weise, die man in manchen Gegenden Deutschlands mit „nicht gebauen und nicht gestochen“ bezeichnet. Allerdings dürfte Herr Herzen arg betroffen sein von dem Widerspruch, in dem sich viele ehemalige deutsche politische Flüchtlinge bewegen, die in Genf und London seine slavonisch-orientalische offene Tafel ansaßen und trocken tranken — um so ärger betroffen, als es schwer ist zu sagen, ob sie ihn damals „theoretisch“ anknüpften und heute „praktisch“ verleugnen oder ihn „praktisch“ beschmarozten und nun „theoretisch“ schuppsen.

Um zu erfahren, auf welchem eroriginellen Singularismus russischer „Theorie“ der praktizierende Pluralismus russischer Aneignungsfertigkeit beruht, seien an alle und jeden einzelnen Russen die folgenden 3 Fragen gerichtet.

1. Wollt Ihr Eure Grenzen in Asien weiter ausdehnen? Ja oder Nein?

2. Wollt Ihr Eure Grenzen in Europa weiter ausdehnen? Ja oder Nein?

3. Wollt Ihr Polen herausgeben? Ja oder Nein?

Auf diese Weise schüttelt Europa sich die Epizoen (Käuse, Wandwürmer) der russischen Diplomatie, und Entozoen (Polen) der russischen Flüchtlingenschaft ab, theoretisch und praktisch.\*

\*) Der Verfasser dieses Aufsatzes beabsichtigt den vorstehenden und ähnliche in russischer und französischer Sprache zu veröffentlichen.

(Weim zweitletzten Wort des Artikel I ist durch ein Versehen folgende Bemerkung weggelassen:)

\*) Приговоруется ist in keinem Wörterbuch zu finden. Es ist des Verfassers eigenes Wortgebilde, nach приговорить zusammengebaut.

## Die Wiederherstellung Polens.

### III.

Schon die unaufhörlichen Kriege Rußlands beweisen, daß es stets dem Artikel 3 des Testaments nachgekommen ist und sich in die Angelegenheiten aller Mächte fleißig eingemischt hat. Für die besonders empfohlene Einmischung in die Verhältnisse Deutschlands boten die vielfachen Verwandtschaften des Czaren mit den deutschen Fürsten die trefflichste Handhabe, nachdem die Theilung Polens die Höfe von Petersburg, Wien und Preußen in unmittelbare Beziehungen zu einander geknüpft hatte. Kaiser Alexander I. war es, der im Jahre 1809 Preußen gegen Napoleon sich zu beteiligen, so daß der Krieg in dem von vornherein hoffnungslosen Auffand Tyrols sich verwickelte. Im Jahre 1815 aber machte er sich durch die Stiftung der heiligen Allianz zum thatsächlichen Oberherren Deutschlands, bei dessen Neugestaltung auf dem Wiener Congresse sein Einfluß der maßgebende war. Wie diese heilige Allianz jede freiheitliche Regung niederdrückte, wie der im russischen Solde stehende Fürst Metternich die Polizeigewalt in unserem gesammten Vaterlande handhabte, das ist uns Allen mit Blut

und Thränen in das Gedächtniß eingeschrieben. Die Stürme des Jahres 1848, weit entfernt, den Einfluß Rußlands zu brechen, trieben die deutschen Fürsten nur zu einem engeren Anschluß an den Czaren, „unseren Vater“, wie er in dem preussischen Herrenhause genannt wurde. Dank „unserem Vater“ entbrannte der Bruderkrieg des Jahres 1866, der Deutschland in ähnlicher Weise zerstückt hat, wie die Kriegspolitik des ersten Napoleon. Der Krieg von 1866 war die Mine, welche Rußland springen ließ, um durch die Erschöpfung Oesterreichs seinen Absichten auf Konstantinopel näher zu kommen, wie es mit seinem Golde dem Aufstande Italiens 1859 Leben einhaucht hatte, um Oesterreich zu schwächen und zugleich gegen den römischen Katholicismus, welcher das Mark Polens war, einen Schlag zu führen. Russisches Gold war es auch gewesen, das auf dem Congreß zu Verona Frankreich bewog, die Revolution in Spanien 1823 mit bewaffneter Hand nieder zu werfen. Spanien hatte sich erhoben, um die Constitution von 1812, deren Garantie Rußland in einem besonderen Artikel des allgemeinen Friedensvertrages übernommen hatte, durchzuführen. Die Werkzeuge Rußlands waren die beiden französischen Gesandten, der bekannte Romantiker Chateaubriand und de la Ferronais. Jeder von ihnen bezog eine russische Pension von 25,000 Francs. Dafür schickte aber auf diesem Congresse der russische Plan einer europäischen Intervention in Amerika, um die spanischen Colonien, welche sich während der napoleonischen Kriege für unabhängig erklärt hatten, an Spanien zurückzubringen und in dessen Gefolge der Freiheit der Vereinigten Staaten von Nordamerika ein Ende zu machen. Es war derselbe Gedanke, welchen Napoleon III. wieder aufnahm. Man sieht, daß auch diese Idee, wie alle andern, mit denen dieser oft für genial gehaltene Kopf hervorgetreten ist, fremdes Eigenthum war. Wie sein Plan einer gemeinschaftlichen Intervention so schickte damals auch der Rußlands an der Furcht des englischen Cabinets vor einem Kriege mit den Vereinigten Staaten. Statt auf dem Congresse von Verona zu erscheinen, schloß England schnell ein Bündniß mit Nordamerika. Die Frucht der beabsichtigten europäischen Intervention, war die berühmte Botschaft des amerikanischen Präsidenten Monroe, die bekannte Montros-Doktrine.

Wenn Lord Canning die russischen Pläne durchkreuzte, so erwies sich später Lord Palmerston um so gefälliger gegen das Cabinet von St. Petersburg. Russischem Golde scheint kein Staatsmann widerstehen zu können. Gelang Rußland die Eroberung des Kaukasus, konnte es in Folge dessen dem unglücklichen Polen den Fuß vollends auf dem Nacken setzen, so trifft die Verantwortlichkeit Lord Palmerston, dessen „kühn-würdige, landesverrätherische Politik England entmannt und fast aus der Reihe der Großmächte ausgestrichen hat.

Das unglückliche Polen! Bedarf es hier eines umständlichen Nachweises, wie das Testament Peters des Großen im Art. 4 Schritt vor Schritt befolgt worden ist, nachdem die Verfolgung und Unterdrückung der Protestanten, der sogenannten „Bordanden“ in Polen, (und auch Preußen) den längstgewünschten Vorwand geboten, sich in die Angelegenheiten dieses Landes einzumischen? Wer weiß nicht, wie fortan russische (und auch preussische) Intriguen und Gelder unausgesetzt thätig waren, um Spaltungen unter dem polnischen Adel zu erzeugen und die Unordnung im Staate zu unterhalten, welche dann den Vorwand zur ersten und den folgenden Theilungen des Landes böten? Wie Katharina 40,000 Mann in das Reich sandte, um die Königswahl ihres Günstlings Stanislaus August durchzusetzen, und russische Soldaten auf dem Reichstage frech unter den Deputirten saßen und auf diese einwirkten, als man auf ihre Entfernung aus dem Saale

drang? „Wir müssen russische Truppen dorthin senden, heißt es Art. 4, und sie dort lassen, bis sie eine Gelegenheit gefunden haben, für immer dort zu bleiben.“ Nun wohl, sie sind für immer dort geblieben. Mit Stanislaus August stieg thatsächlich die Kaiserin Katharina, stieg Rußland auf dem polnischen Königsthron. Freilich ging es nicht an, die Beute allein zu verschlucken. Preußens Gelüste waren nicht minder groß, Friedrich II. war kein Gegner, der mit sich spielen ließ, und Oesterreich besetzte sofort Galizien, um nicht leer auszugehen. So mußte denn Rußland mit seinen beiden Nachbarn theilen, und 1846 erhielt Oesterreich noch den letzten Rest des selbstständig gebliebenen Polens, den Freistaat Krakau, da Rußland unfähig war, so lange es seine Macht im Orient brauchte, das revolutionäre Element in Polen niederzuhalten und man auf diese Weise die Gunst Oesterreichs zu erkaufen hoffte, indem man Preußen zugleich einen schweren Schlag versetzte. Denn die Vernichtung Krakaus schlug dem Handel Schlesiens noch nicht vernarbte Wunden, welche 1847 fürchterlich in der Noth der schlesischen Weber aufklangen. Der Hungertyphus, welcher unter ihnen in Folge der Einverleibung Krakaus in Oesterreich ausbrach, raffte nicht weniger als 40,000 Menschen hin.

Daß der jetzige Zustand des russischen Polens keineswegs die Wirkung der durch heldenmüthigen Widerstand aufs Höchste gesteigerten Rachsucht des Siegers ist, sondern lange voraus bedacht war, erhebt sich aus einem Artikel der officiellen „Moskauer Zeitung“ vom Jahre 1832. Bald nach dem Ende des damaligen polnischen Aufstandes erklärte das Cabinet von St. Petersburg durch das genannte Organ, daß es „die Welt lehren würde, wie eine Nation thatsächlich zur Sklaverei herabgedrückt werden kann.“ Das Blatt fügte hinzu, daß es mit England, welches beschuldigt wird, die polnische Insurrektion von 1831 veranlaßt zu haben, seiner Zeit allein in Calcutta zu thun haben werde. Seitdem ist Rußland fast bis an die Grenzen Indiens vorgerückt und Polen ist thatsächlich in die ärgste Sklaverei gestürzt worden. Wenn Preußen, dessen Beispiel von der „Moskauer Zeitung“ 1865 zur Nachahmung empfohlen wird, Polen germanisirt hat, so begnügt sich Rußland nicht damit, dem erbarmungswerthen Polen mit dem Reste seiner Selbstständigkeit seine Sprache zu nehmen, es nimmt ihm auch seinen Glauben. „Die russische Regierung, heißt es in dem Artikel, kann in der That nichts anderes im Auge haben, als das vollständige Aufgehen Polens in dem Reiche. Nichts steht dieser Lösung entgegen. Die Abmachungen des Wiener Vertrags, welche dawider zu sein scheinen, sind null oder thatsächlich abgeschafft.“

Nun, in dem Wiener Vertrage von 1815 gewährleisteten sämtliche Großmächte, Rußland mit eingeschlossen, Polen seine Selbstständigkeit. Freilich, warum soll ihn Rußland nicht zerreißen, nachdem ihn Frankreich zerrissen hat? Fragt sich, ob auch der Schluß von Art. 3 des Testaments eine Wahrheit werden wird, wie der übrige Inhalt? Danach soll die Theilung Polens nur eine vorläufige sein, bis Rußland Zeit und Gelegenheit findet, Preußen und Oesterreich ihren Antheil an der Beute wieder abzugeben. Schon auf dem Wiener Congreß wurde Preußen genöthigt, den größten Theil seiner polnischen Besitzungen an Rußland herauszugeben. Diese Thatsache deutet beweisend genug in die Gegenwart und Zukunft.

## Aus Amerika.

New-York, den 15. Januar 1868.

Die letzten Tage haben uns sehr aufregende Nachrichten aus Washington gebracht. Im Repräsentantenhaus wurde ein Gesetz eingebracht, welches die gesammte Macht in den südlichen Staaten dem Präsidenten entzieht und auf den Oberbefehlshaber der Armee überträgt. Da der Inhaber dieses Postens Grant ist, so glaubt man, daß das Haus durch die Annahme dieses Gesetzes ihn im Voraus als den im Novbr. zu wählenden Präsidenten feststelle. — Der Senat beschloß am Montag mit überwiegender Mehrheit, daß die vom Präsidenten im vorigen Jahre verfügte Absetzung Stanton's ungesetzlich sei; der Beschluß wurde noch denselben Tag an Stanton sowohl als an Grant, den zeitweiligen Inhaber dieses Amtes, mitgetheilt. Was that nun Grant, der so bereitwillig Johnson's Wunsch nachgekommen war, vorläufig Kriegsminister zu spielen? Noch am Samstag hatte er Johnson auf die Frage, was er zu thun gedächte, wenn der Senat Stanton wieder einsetzte, geantwortet: Ich werde entweder meine Entlassung als Kriegsminister nehmen, oder mich durch richterlichen Befehl vertreiben lassen. Dienstag Vormittags um 10 Uhr tritt er aber ganz bereitwillig sein Amt an Stanton ab und benachrichtigt um 12 Uhr den Präsidenten brieflich, daß er in Folge des Senats-Beschlusses aufgehört habe, Kriegsminister zu sein. Johnson ist über Grants Benehmen natürlich höchst entrüstet und hat auch bis jetzt mit Stanton noch keinen Verkehr angeknüpft. Es ist kaum wahrscheinlich, daß er diesen sehr verspäteten Hieb des Senats ganz geduldig hinnehmen werde.

Vor einigen Tagen kam hier das Segelschiff Leibniz, von der Firma R. M. Sloman in Hamburg, an, auf welchem während der Fahrt 105 Passagiere an der Cholera gestorben waren. Ein Arzt war nicht an Bord gewesen, wie dies auf Segelschiffen Regel ist. Die Verpflegung und Sauberkeit läßt auf allen Segelschiffen und im Zwischendeck der Dampfschiffe sehr viel zu wünschen übrig; es ist aber ein offenes Geheimniß, daß keine Zeitung New-Yorks irgend eine Klage aufnimmt, und ich weiß aus sicherer Quelle, daß Agenten des Bremer Lloyd's ganz offen mit dieser Thatsache geprahlt haben.

## Prinz Carneval.

In blanken Waffen starrt die Welt,  
Ihr täglich Brod ist jetzt das Blei,  
Doch all das Rasseln übergelt  
Voll Angst und Schmerz ein jäher Schrei:  
Er kam, mit dem ihr lang gedroht,  
Und hält freiwillig sein Gericht,  
Ihn bannt der Mächtigsten Gebot  
Auf ein begränztes Schlachtfeld nicht.

Durch alles Land folgt er der Spur,  
Die breiter stets der Hunger trat,  
Doch ist der Tod ein Schnitter nur,  
Und seine Ernte eure Saat:  
Nicht hat es Euch im Schlaf gestört,  
Daß hoffnungsloses Elend wacht,  
Hoch oben habt Ihr nicht gehört  
Das Köcheln unten tief im Schächt.

Nun seht Ihr erst die schwere Zeit,  
Die längst Euch als zu leicht befand,  
Nun eilt und übt Barmherzigkeit  
Und schließt die Kette Hand in Hand.  
Ob dem, was Euer Hader schuf,  
Erbebe sich ein einz'ger Schall,  
Ein Brudergruß — doch welsch ein Ruf  
Ertönt hier nach Prinz Carneval?!

Darüber hin der Raben Flug,  
Frah witternd, gierigen Geschrei's —  
Wälzt sich der trunk'ne Maskenzug,  
Und Alles lustig auf Geheiß,  
Doch die, im Mark des Fiebers Gluth,  
Sich ungeladen stellen ein,  
Heißt lustig auch mit frechem Muth  
Die Sorge und die Seuche sein!

Voll Ernst in's hohle Auge blickt  
Dem Tod des Mannes Angesicht,  
Am düstern Aßchermittwoch schickt  
Sich eine Narrenstraße nicht;  
Vorbei die Luft der Mummerei  
Mit Allem, was in Flittern gleißt,  
Wenn Noth von jeder Heuchelei  
In wildem Zorn die Larve reißt!

Dumpf grollt's allüberall und gährt,  
Daß Muth'ge selbst ein Schauder faßt,  
Die Stunde, die uns noch gewährt,  
Im Taumel sei sie nicht verpraßt;  
Wenn leise nur ein Glöcklein klingt,  
Bricht die Lawine jäh herein,  
Sie droht — doch was zum Sturz sie bringt,  
Soll nicht des Narren Schelle sein!

Albert Traeger.

## Vermischtes.

Aus der Schweiz ertönt ein gellender preußischer Nothschrei. Die hannöverschen Flüchtlinge seien plötzlich von ihren Führern nach Frankreich geschickt worden, und das bilde ein Gegenstück zu dem kurhessischen Menschenhandel — belehrt uns eine lithographirte Correspondenz, die auch dem „dem. Wochenblatt“ zugesendet ward. Aber ist es denn gewiß, daß die Hannoveraner in Frankreich zu Kriegsdiensten verwendet werden sollen? Und wenn es wahr wäre und wirklich in Frankreich eine „hannöversche Legion“ ausgebildet werden sollte, um bei Gelegenheit an der Spitze einer französischen Armee ins Welfenland zu marschiren, wäre der Vergleich mit dem kurhessischen Soldatenverkauf gerechtfertigt? Daß Deutsche vom Auslande die Befreiung erwarten können, ist traurig genug — aber wer anders trägt die Schuld, als diejenigen, welche Deutschland mit Hülfe des Auslandes geknechtet und damit natürlich auch unter den Einfluß des Auslandes gebracht haben?

Wenn es sich bestätigt, daß die hannöverschen Flüchtlinge in Frankreich eine militärische Organisation erhalten, so wäre damit allerdings bewiesen, daß die französische Regierung ihre Partie ergriffen hat und es nicht mehr für nöthig erachtet, ihre kriegerischen Absichten zu verhüllen.